



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Jutta Widmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Thomas Huber, Sandro Kirchner, Andreas Schalk, Eric Beißwenger, Holger Dremel, Matthias Enghuber, Petra Guttenberger, Hans Herold, Michael Hofmann, Petra Högl, Klaus Holetschek, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Petra Loibl, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Berthold Rüth, Ulrike Scharf, Martin Schöffel, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Manuel Westphal, Josef Zellmeier und **Fraktion (CSU)**

Jetzt Mittelstand und Handwerk entlasten – Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge abschaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Angesichts der sich abschwächenden Konjunktur und der Notwendigkeit, Bürokratie und Verwaltungsaufwand abzubauen, wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Abschaffung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge einzusetzen.

Begründung:

Die derzeit geltende Regelung, wonach die Beitragsschuld bereits spätestens am drittletzten Bankarbeitstag des Monats fällig ist, in dem das Arbeitsentgelt erzielt wird, wurde 2005 als eine der Notmaßnahmen der damaligen rot-grünen Bundesregierung eingeführt, um den Beitragssatz zu stabilisieren. Die Vorverlegung des Fälligkeitstermins für die Sozialversicherungsbeiträge bewirkte, dass alle Sozialversicherungszweige im Jahr 2006 einmalig 13 statt – wie üblich – 12 Monatsbeiträge vereinnahmen konnten.

Die Vorfälligkeit ist eine bürokratische Belastung: Die Vorauszahlung muss nachträglich immer wieder mit dem tatsächlichen Beschäftigungsstand im Unternehmen abgeglichen und die Differenz dann mit dem Folgemonat verrechnet werden.

Angesichts der gegenwärtigen Abschwächung der Konjunktur sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, um die Wirtschaft von Bürokratie zu entlasten.